



AWO Landesverband Berlin e.V.
Hallesches Ufer 30 A, Innenhof | 10963 Berlin

Ver.di – Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft
Paula-Thiede-Ufer 10
10179 Berlin

Geschäftsstelle

Achtung, neue Adresse:

Hallesches Ufer 30 A, Innenhof
10963 Berlin

Tel. 030 25 38 90
info@awoberlin.de
19.09.2024

Ansprechperson:
Oliver Bürgel
Tel. -268
oliver.buergel@awoberlin.de

**Offener Brief an Ver.di zur Hauptstadtzulage
(Redaktionsgespräche zum TV-L)**

Sehr geehrte Verhandlungsführende der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft in Berlin,

der Ärger unserer Mitarbeitenden über den Wortbruch der Senatsverwaltung für Finanzen zur Hauptstadtzulage ist auch nach Monaten nicht verraucht. Nach wie vor und in Anbetracht der Fachkräftesituation immer stärker, **fordern wir als Berliner Arbeiterwohlfahrt die Einführung der Hauptstadtzulage auch für Freie Träger**. Finanzsenator Evers sprach im März in Hinblick auf die Hauptstadtzulage für Freie Träger selbst von einem „politischen Versäumnis“ – es ist Zeit, dieses Versäumnis nun nachzuholen.

Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) fordert ebenfalls die Einführung der Hauptstadtzulage für Freie Träger und hat sich im März mit dem Appell „Hauptstadtzulage für alle!“ (<https://bb.verdi.de/themen/hauptstadtzulage-fuer-alle/++co++1e05683e-e53d-11ee-ac04-91be81d18d05> sowie <https://hauptstadtzulage.berlin/>) klar und eindeutig positioniert. Ver.di nannte den Umgang des Senats mit dem Thema „politisch inakzeptabel“ – eine Einschätzung, die wir teilen.

Im Rahmen Ihrer offiziellen Redaktionsgespräche zum Tarifvertrag für den Öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) können Sie, als Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft, nun Ihren Worten Taten folgen lassen! Tun Sie alles, um in den kommenden Verhandlungen den Grundstein für eine Hauptstadtzulage für Freie Träger zu legen.

Der Senat verweist seit Monaten auf diese Gespräche. Nun ist die Zeit gekommen, Nägel mit Köpfen zu machen. Die Redaktionsgespräche müssen den Weg für eine Refinanzierung der Hauptstadtzulage für Freie Träger endlich ebnen. Wir können es nicht länger hinnehmen, dass sich der Berliner Senat hinter tarifvertraglichen Spitzfindigkeiten versteckt. Bei der Einführung der Hauptstadtzulage für Mitarbeitende des öffentlichen Dienstes spielten derlei Spitzfindigkeiten keine Rolle – das empfinden unsere Mitarbeitenden verständlicherweise als höchst unfair.

Für uns ist die Ungleichbehandlung der Mitarbeitenden Freier Träger gegenüber den Landesbeschäftigten nicht zu akzeptieren. Damit muss Schluss sein. Stehen Sie, als Ver.di, zu Ihrer klaren Forderung und nutzen Sie die Redaktionsgespräche mit aller Vehemenz zum Wohle der zehntausenden Berliner Mitarbeiter*innen bei Freien Trägern und damit letztlich zum Wohle eines sozialen Berlins!

Im Namen der Berliner Gliederungen der AWO und stellvertretend für ca. 2.500 Mitarbeitende:

AWO pro:mensch gGmbH – Marion Schmidt

AWO Kreisverband Berlin Spree-Wuhle e.V. – Holger Langkau

AWO Kreisverband Berlin-Mitte e.V. – Dr. Timm Meike

AWO Kreisverband Spandau e.V. – Martina Spitzl

AWO Kreisverband Südost e.V. – Micaela Daschek

— sowie dem **AWO Landesverband Berlin e. V.**



Ülker Radziwill

Landesvorsitzende



Oliver Bürgel

Landesgeschäftsführer